

much resemble Chinese debates. As pointed out by Patrick Raszelenberg (Duisburg University) the historical trauma of being dominated by China was one of the major factors why the majority of Vietnamese intellectuals are preoccupied with self-reflection and the search for indigenous political concepts. The September 11<sup>th</sup> attacks forced the Vietnamese to recognize their unfamiliarity with the conflict in Middle East and many used this event to define their own position in the world.

Structural factors like the rise of a civil society as an important force of democratization were emphasized by Dorothy Guerrero (Asia Foundation, Essen) and Martina Timmermann (Institute of Asian Affairs, Hamburg). Following different issue-based discourses like the human rights debate, Timmermann showed how global concepts were filled with regional contents and how they created a "regional identity". The transnational factors of community-building became a hot topic during the following discussions.

The papers at this conference covered an exceptionally wide range of topics. The multitude of different theoretical approaches applied by the participants allowed the conference to offer a rare view into the intricacies of political discourses in East and Southeast Asia. While papers relating to the situation in China clearly outnumbered those dealing with Southeast Asia, they still had something in common, which might be called the "actor-discourse-policy triangle". The quality of the discussions and the participants' passionate engagement guaranteed intense and lively discussions. The conference proceedings will be published next spring.

Nora Sausmikat

## **International Conference "Bringing the Party Back In: How China is Governed"**

Kopenhagen, 7.-9. Juni 2002

Seit der Einleitung der chinesischen Reform- und Öffnungspolitik in den späten 1970er-Jahren gilt die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) vielen westlichen Beobachtern als politischer Dinosaurier, der sich in einer zunehmend globalisierten Welt weitgehend überlebt hat. In der andauernden Erwartung, dass der leninistische Ein-Partei-Staat früher oder später demokratisiert oder aber zusammenbrechen würde, trat die Beschäftigung mit gesellschaftlichen Fragen zunehmend in den Vordergrund, während die Partei als eigenständiger Untersuchungsgegenstand immer mehr aus dem Blickfeld politikwissenschaftlicher Analyse geriet.

Ein Vierteljahrhundert nach dem Tod Mao Zedongs, ein Jahrzehnt nach dem Kollaps der Sowjetunion und ein Jahr nach der offiziellen Öffnung der KPCh für Privatunternehmer scheint es allerdings an der Zeit, noch einmal die Frage aufzuwerfen, ob es nicht verfrüht ist, die Partei für obsolet zu erklären. Die Grundthese des Klassikers *Bringing the State Back In* (Evans/Rueschemeyer/Skocpol, 1985), wonach der Staat auch in einer globalisierten Welt seine Relevanz behält, schuf die Anregung für eine internationale Konferenz, die die KPCh erneut in den Mittelpunkt der Analyse rücken sollte. Kjeld Erik Brødsgaard (Kopenhagen) und Zheng Yongnian (Singapur), die Initiatoren der Konferenz, die vom 7. bis 9. Juni 2002 in

Kopenhagen stattfand, waren von der Fragestellung ausgegangen, ob der leninistische Parteistaat in China tatsächlich in seinen letzten Atemzügen liegt oder ob die KPCh nicht vielmehr dabei ist, sich an die Herausforderungen der Steuerung eines immer komplexeren gesellschaftlichen Systems anzupassen und ihre Rolle entsprechend neu zu definieren.

So kamen über ein Dutzend Sozialwissenschaftler aus Asien, Europa und den USA am Asia Research Centre der Copenhagen Business School zusammen, um während zweier voller Konferenztage verschiedenen Aspekten des Wandels in der Rolle der KPCh nachzugehen. Untersucht wurden formelle ebenso wie informelle Strukturen und Praktiken, organisatorische ebenso wie ideologische Fragestellungen. Themen der einzelnen Vorträge, denen jeweils Koreferate folgten, waren die Beziehungen der KPCh zum Militär (David Shambaugh), Mechanismen der Interessenvertretung durch die KPCh (Zheng Yongnian), die Rolle verschiedener Abteilungen des Zentralkomitees der KPCh (Thomas Kampen), die politische Rolle Hu Jintaos (Torstein Hjellum), öffentliche Verwaltungsfunktionen der Partei (King K. Tsao), der Einfluss der KPCh im Nationalen Volkskongress (Chao Chien-min), Kadernsystem und Personalverwaltung (Kjeld Erik Brødsgaard), Kaderverwaltung auf der lokalen Ebene (Maria Edin), die neue Parteiideologie der "Drei Repräsentationen" (Børge Bakken), die Aufnahme von Privatunternehmern in die KPCh (Heike Holbig), die Rolle der Partei in der Selbstverwaltung städtischer Wohnbezirke (*shequ*) (Ryosei Kokubun), die Legitimation von Parteikadern an der ländlichen Basis (Stig Thøgersen) sowie der Einfluss der KPCh auf die lokale Performanz und die politische Karriere chinesischer Bürgermeister (Pierre Landry).

Der Themenvielfalt entsprechend ergaben die verschiedenen Vorträge ein durchaus differenziertes, zum Teil auch kontroverses Bild der Rolle der KPCh im gegenwärtigen China. Als gemeinsames Ergebnis mehrerer Vorträge ließ sich dennoch ein Trend organisatorischer und ideologischer Bemühungen um die Wiedergewinnung parteistaatlicher Kontrolle ausmachen, der den Erwartungen einer allmählichen Pluralisierung des politischen Systems zumindest teilweise widerspricht. Deutlich wurde dieser Trend insbesondere in den Bereichen des Kadernsystems, der Lokalverwaltung, der Beziehungen zum privaten Unternehmertum und der Parteiideologie, wo die Wahrnehmung eines wachsenden Kontrollverlusts in den vergangenen Jahren offenbar strategische Gegenreaktionen ausgelöst hat. Das Tagungsprogramm ließ schließlich noch Zeit für eine Diskussion übergreifender Entwicklungsperspektiven. Aus den verschiedenen Konferenzbeiträgen leitete David Shambaugh ein Panoptikum möglicher Charakterisierungen der KPCh ab, das von der technokratischen "elite party" über die korporatistische bzw. kooptierende "inclusion party" bis hin zur im Niedergang begriffenen "atrophying party" reichte. Die Ergebnisse der Beiträge unterstützten dabei mehrheitlich die zweite Variante einer "inclusion party" im weiteren Sinn.

Die äußerst fruchtbaren Diskussionen und Ergebnisse der Konferenz haben nicht nur die Sinnhaftigkeit einer fokussierten Auseinandersetzung mit dem chinesischen Parteistaat bestätigt, sondern auch den Wunsch verstärkt, die Beschäftigung mit diesem Thema fortzusetzen. Auf der Basis des nun geschaffenen internationalen Netzwerks von Chinawissenschaftlern ist für den Sommer 2003 eine Nachfolgekon-

ferenz geplant, auf der die Veränderungen im Zuge des 16. Parteitags der KPCh im November 2002 berücksichtigt und neue Aspekte des Wandels parteistaatlicher Strukturen in China aufgenommen werden sollen. Für 2003 ist auch die Herausgabe eines englischsprachigen Konferenzbandes mit den gesammelten Beiträgen geplant, von denen einige vorab in den Zeitschriften *Copenhagen Journal of Asian Studies* bzw. *China: An International Journal* publiziert werden sollen.

Heike Holbig

## **International Conference on Grass-root Governance in Contemporary China**

Shizuoka University, Japan, 30.08.-01.09.2002

Im Rahmen eines von Hishida Masaharu geleiteten Forschungsprojektes der Universität Shizuoka unter Beteiligung weiterer japanischer Universitäten fand ein internationales Symposium zu Fragen der lokalen Regierungsformen in der Volksrepublik China statt. Die Konferenzsprachen waren Japanisch und Chinesisch und bis auf zwei Ausnahmen (USA, Deutschland) stammten die Teilnehmer auch aus diesen Sprachkreisen (inkl. Taiwan und Hongkong). Dies tat der Breite der behandelten Themen keineswegs Abbruch. Im Unterschied zu anderen Konferenzen zu diesem Themenkreis standen dabei weniger einzelne Fallstudien, sondern vielmehr grundlegende Zusammenhänge und theoretische Fragestellungen im Vordergrund.

In seiner Eröffnungsrede griff Bai Gang (Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften, Beijing) neueste Entwicklungen im Feld der Lokalverwaltung auf, etwa die bisherigen Versuche einer Umstrukturierung der städtischen Einwohnerkomitees oder ein neues Dokument der politischen Zentrale über die Zusammenarbeit von gewählten Dorfbewohnerkomitees (DBK) und parteiintern eingesetzten Parteikomitees auf Dorfebene. In einem interessanten Schritt fordert das Dokument Nr. 14 des Sekretariats des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und des Büros des Staatsrats vom 14. Juli 2002 eine stärkere Verknüpfung der "beiden Komitees", indem auch Parteimitglieder, inklusive Parteisekretär, sich an den freien DBK-Wahlen beteiligen. Indirekt würde damit auch der Parteiposten stärker von der Stimmabgabe durch die Dorfbewohner abhängig werden.

In 23 Konferenzbeiträgen und den anschließenden Diskussionen wurden z.T. diese Fragen weiter erörtert, wobei das Problem der "zwei Komitees" auf Dorfebene, von denen das Parteikomitee i.d.R. dasjenige mit höherer Autorität darstellt, ein durchgängiges Thema aller Konferenzen zur Lokalverwaltung darstellt. Denn auf dieser Ebene wurde von Seiten der zentralen Staats- und Parteiführung schon lange von einer Trennung von "Staat" und "Partei" gemäß den Deng Xiaoping'schen Prinzipien abgesehen. Die erst 1999 begonnenen Experimente mit lokaler Selbstverwaltung in Nanjing, Ningbo, Shanghai, Shenyang, Wuhan u.a. Städten bieten nun auch die Möglichkeit von Stadt-Land-Vergleichen. Diese gestalten sich in der Forschungspraxis aber schwierig, da viele sozioökonomische Bedingungen stark abweichend sind. So wird in der VRCh im Allgemeinen das Kollektiveigentum der Dorfgemeinschaft am landwirtschaftlichen Boden als Voraussetzung für die Entwicklung einer